

Viertens: Verteidigung der Unternehmensmitbestimmung. Sie sollte als Gegengewicht zum Finanzmarktkapitalismus erhalten und offensiv verteidigt werden. Und auch hier kommen Angriffe derzeit vor allem aus Luxemburg und Brüssel. Mit dem oben erwähnten *Centros*-Urteil verbot der EuGH den Mitgliedstaaten die Anwendung der so genannten Sitztheorie, die besagt, dass sich die gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse einer Firma nach dem Ort des tatsächlichen Firmensitzes zu richten haben. Nunmehr steht allen Wirtschaftsteilneh-

mern die Gründung von Firmen nach beliebiger Rechtsform eines europäischen Mitgliedslandes in Deutschland offen. Wachsen sie über die Schwelle von 500 bzw. 2.000 Beschäftigten, findet das Mitbestimmungsgesetz keine Anwendung. Deutschland sollte die Unternehmensmitbestimmung rechtsformenunabhängig zum nationalen Mindeststandard erklären – notfalls im Konflikt mit Brüssel und Luxemburg. Scheuen wir diesen Konflikt, dann sollten wir uns, so meine ich, über den Finanzmarktkapitalismus lieber ausschweigen.

Jürgen Rüttgers

Für die Soziale Marktwirtschaft – Gegen den Turbokapitalismus

Der CDU-Ministerpräsident des Landes NRW sieht sich, auch in der Nachfolge von Johannes Rau, dem sozialen Profil der Union besonders verpflichtet. Seine Vorschläge und Interventionen erwecken sogar manchmal, wie etwa bei der sozialen Nachbesserung der Agenda 2010, den Eindruck, er stünde weiter links als mancher moderne Sozialdemokrat. Wir freuen uns, gerade ihn zu einem grundsätzlichen Beitrag zur Kapitalismusanalyse gewonnen zu haben.

Jürgen Rüttgers

(* 1951) ist seit 2005 CDU-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

juergen.ruettgers@stk.nrw.de



Ende Februar 2008 hat Matthias Döpfner, Vorstandschef der *Axel Springer AG* in der Wochenzeitung *Die Zeit* die These von der Überlegenheit des amerikanischen Wirtschaftssystems aufgestellt: Er schrieb: »Das angloamerikanische Modell hat sich nachweislich als überlegen erwiesen. Anstatt das zu akzeptieren, erproben wir Planwirtschaft *light* und produzieren Fälle von Unmoral und Kriminalität. Da muss sich niemand über die Schiefelage wundern.«

Die These überrascht. Befinden sich die USA nicht gerade in einer Wirtschafts- und Finanzkrise, die historisch ihresgleichen sucht? Ist der Dollar nicht auf einem historischen Tiefstand? Hat die amerikanische Immobilienkrise nicht gerade einen weltweiten Anlageverlust von rund einer Billion Dollar mit sich gebracht? Hat sich das amerikanische Modell wirklich »nachweislich als überlegen erwiesen«? Ich habe da meine Zweifel. Das amerikanische System hat große wirtschaftliche Erfolge produziert, ohne Zweifel. Aber die Zeiten ändern sich, auch in den USA. Das über lange Jahre sehr dynamische Wirtschaftswachstum hat einen empfindlichen Dämpfer erlitten. Die US-Bürger sind verunsichert. Sie spüren, dass in den USA nur wenige von der Globalisierung profitiert haben. Vor diesem Hintergrund hat es Signalwirkung,

wenn zum Beispiel Bill Gates auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos Anfang 2008 einen »kreativen Kapitalismus« fordert, der sich nicht nur am Profit orientieren soll (*Manager-Magazin* 3/2008).

Das Unbehagen an einer unkontrollierten Globalisierung mit intransparenten Finanzmärkten wächst, auch in den USA. Einerseits wirkt die schrankenlose Macht der Kapitalsammelstellen wie ein ungeheurer Effizienzbeschleuniger, denn der Wettbewerb um Investitionen erhöht den Druck zu beständiger Innovation. Das ist an sich nicht schlecht. Aber andererseits dringt die Macht der Kapitalsammelstellen inzwischen tief in alles ein, was unsere demokratischen Gesellschaften an struktureller Regulierung zur Gestaltung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kultur geschaffen haben: Kündigungsschutz und Tarifverträge, Sozialsysteme, Steuersysteme, Kapitalmarktkontrollrecht, arbeitsrechtliche Mitbestimmung. Anders ausgedrückt: Der Turbokapitalismus schränkt die Möglichkeiten regionaler Gestaltung ein und droht auf lange Sicht die Legitimationsgrundlage demokratischer Entscheidungsstrukturen zu schwächen.

Robert Reich nennt das in seinem jüngsten Buch die Ablösung des »demokratischen Kapitalismus« durch den »Superkapitalismus«. Die Bürger hätten dadurch in ihrer Funktion als Anleger und Verbraucher zwar an Macht gewonnen, als Inhaber demokratischer Rechte hingegen an Einfluss und Gestaltungsmacht verloren. Bestärkt wird diese Entwicklung durch den Aufstieg »dynamischer Diktaturen« (*Jeffrey Frieden: Will Global Capitalism fail again?*, 2006), die wie China ungezügelt Kapitalismus mit autoritären Staatsstrukturen verbinden.

China wächst zweifelsohne. Und es gibt nicht wenige, die – manchmal hinter vorgehaltener Hand – darauf hinweisen, dass dieser autoritäre Kapitalismus vielleicht viel erfolgreicher sei als der vergleichsweise »mühsame« Weg langer de-

mokratischer Aushandlungsprozesse und Kompromisse. Manche wie etwa Gabor Steingart meinen deshalb gar, Deutschland habe den »Weltkrieg um Wohlstand« gegen China schon längst verloren.

Ich bin vom Gegenteil überzeugt: Schon heute zahlt China für sein rabiaten Wirtschaftswachstum einen hohen Preis. Die soziale Ungleichheit wächst. Ein Beispiel dafür sind die rund 150 Millionen schlecht bezahlter Wanderarbeiter, denen die Volksrepublik einen erheblichen Teil ihrer neuen Wirtschaftskraft zu verdanken hat. Auch die ökologischen Probleme kulminieren, mit erheblichen Folgen für die Lebensqualität und Gesundheit vieler Chinesen. Der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält, bröckelt. Eine politische Krise ist nur eine Frage der Zeit.

Der Zusammenhalt der Gesellschaft ist der entscheidende Testfall für die Zukunftsfähigkeit der Systeme. Hier liegt die Stärke Europas. Man kann sie in einem Satz zusammenfassen: »Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit und ohne Sicherheit keine Freiheit« (*Udo di Fabio*). Das Europäische Modell verbindet in einzigartiger Weise eine liberale Wirtschaftsordnung mit einer solidarischen Gesellschaftsordnung. Dieser Verbindung gehört die Zukunft. Ich bin überzeugt, dass weder der neoliberale Markttradikalismus amerikanischer noch der Staatskapitalismus chinesischer Provenienz in Zukunft erfolgreich sein werden. Denn sie bezahlen ökonomischen Erfolg mit zu hohen sozialen Kosten. Und diese Kosten werden in Zukunft immer stärker spürbar werden. Immer mehr Menschen weltweit fordern einen Kapitalismus mit menschlichem Angesicht. Sie fordern ein System, das wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer Gerechtigkeit verbindet.

Hier liegt die große Chance der Sozialen Marktwirtschaft. Sie kann ein Modell für die Welt und für eine neue Weltordnung werden, weil sie wie kein anderes System wirtschaftliche Vernunft mit sozialer Gerechtigkeit verbindet. Wir sollten

nicht vergessen, dass es die Soziale Marktwirtschaft war, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg das Wirtschaftswunder ermöglichte. Sie war es auch, die die Menschen in der DDR nach dem Fall der Mauer haben wollten: Sie ist es, der wir den starken Aufschwung in Deutschland in den vergangenen Jahren zu verdanken haben. Mit dem Ausgleich von wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit ermöglicht sie den Zusammenhalt, den unsere Gesellschaft im Zeitalter der Globalisierung mehr denn je braucht.

Der Turbokapitalismus stellt diesen Zusammenhalt seit einiger Zeit allerdings auf eine harte Probe: Viele Bürgerinnen und Bürger haben nicht das Gefühl, am Aufschwung der letzten Jahre teilzuhaben. Und der Einzelne fragt sich, wie sich Leistung noch lohnen soll, wenn selbst hohe Gewinne eines Unternehmens nicht mehr den Arbeitsplatz sichern. Wenn aber Leistung nicht mehr belohnt wird, dann steht die soziale Gerechtigkeit auf dem Spiel. Dann darf man sich nicht wundern, dass laut einer Umfrage der *Bertelsmann-Stiftung* (»Soziale Gerechtigkeit in Deutschland 2007«) nur noch 15 Prozent der Deutschen der Ansicht sind, dass es im Land gerecht zugeht. Das mag eine Momentaufnahme sein. Aber der Trend ist da. Die Mehrheit verweigert sich innerlich und immer mehr auch politisch. Das ist alarmierend. Deshalb müssen wir die Soziale Marktwirtschaft stärken und vor dem Turbokapitalismus schützen.

Wer die Soziale Marktwirtschaft schützen will, der muss für klare Spielregeln eintreten

Die Finanzmarktkrise zeigt: Die Globalisierung funktioniert nicht ohne verbindliche Regeln, die von der Politik definiert und demokratisch legitimiert werden. Es gibt in Fragen der Regulierung der internationalen Finanzmärkte mittlerweile ein

Umdenken im Kreise der führenden Industrienationen. Nicht nur in Europa, sondern auch in den USA mehrten sich die Stimmen, die für die internationalen Finanzmärkte schärfere Spielregeln fordern.

Wir brauchen mehr Transparenz – in den Bilanzen der Banken, in sämtlichen Kapitalmarktprodukten, bei den Anlagestrategien der neuen Staatsfonds. Wir brauchen effiziente und internationale Instrumente der Banken- und Finanzmarktaufsicht, die einschätzen können, wann eine Bank oder eine andere Kapitalsammelstelle die Schwelle vom »guten« zum »schlechten« Risiko überschreitet. Und wir brauchen unabhängige *Rating*-Agenturen, die die Kapitalsammelstellen kritisch bewerten. Es wird allerdings nicht reichen, wenn Deutschland in den globalisierten Märkten alleine für die Durchsetzung klarer Spielregeln eintritt. Die Europäische Union muss hier ihr Gewicht in die Waagschale werfen. Unsere politischen Strukturen und Debatten sind hier immer noch zu national geprägt.

Wer die Soziale Marktwirtschaft stärken will, der muss dafür sorgen, dass sich Leistung lohnt

Wohlstand für alle, nicht für wenige, das war und ist das Ziel der Sozialen Marktwirtschaft. Jeder, der sich anstrengt und etwas leistet, muss die Chance auf sozialen Aufstieg haben und seinen Anteil am Wohlstand bekommen. Alle müssen von den Wohlstandsgewinnen der Globalisierung profitieren können. Andernfalls erodiert die Legitimationsbasis unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Viele alte Sicherheiten sind verloren gegangen. Die Menschen brauchen aber Sicherheiten, heute mehr denn je. Deshalb muss die Politik *neue* Sicherheiten schaffen. Die Menschen müssen wissen, dass Reformen das Leben sicherer machen, nicht unsicherer. Deshalb war es richtig,

die Regelungen zum Arbeitslosengeld zu revidieren. Jemand, der jahrelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, darf bei der Auszahlungsdauer nicht genauso behandelt werden wie jemand, der kaum Beiträge geleistet hat.

Ähnlich ist es mit der Rente. Wer sein Leben lang Vollzeit gearbeitet und Beiträge eingezahlt hat, der muss im Alter eine Rente oberhalb der Armutsgrenze haben. Arbeit muss sich auch hier lohnen. Zudem darf private Vorsorge für das Alter nicht bestraft werden. Sie muss belohnt werden. Deshalb muss das Schonvermögen für *Hartz IV*-Empfänger erhöht werden. Und deshalb muss die Riester-Rente für Kleinselfständige, die bislang nicht ausreichend für das Alter vorsorgen können, geöffnet werden.

Der Anteil der Steuerfinanzierung an der gesetzlichen Rente wird zwangsläufig steigen, schon heute liegt er bei etwa einem Viertel. Nur dann können die Beiträge stabil bleiben oder sogar sinken, die junge Generation also entlastet werden. Aber mehr Steuerfinanzierung darf nicht zu staatlicher Willkür führen. Es kann nicht sein, dass Rentenpolitik nach Kassenlage betrieben wird. Dann sind der Willkür Tür und Tor geöffnet. Wenn die Politik Beschlüsse fasst, die Auswirkungen auf die Rente haben und es keine Beitragseinnahmen dazu gibt, dann muss sie gemäß eines zwischen der Versichertengemeinschaft und dem Staat abzuschließenden und versicherungsmathematisch sauber zu kalkulierenden Vertrages die Steuermittel aufbringen, um das zu finanzieren. Ausschließlich kapitalmarktgestützte Rentenversicherungssysteme sind übrigens solidarisch organisierte Umlageverfahren – anders als vielfach behauptet – nicht automatisch überlegen. Auch die Renditen privater Rentenversicherer werden in einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft mit schlechten Anlagemöglichkeiten sinken.

Leistung muss sich lohnen, das heißt auch: Die Lohnnebenkosten müssen ge-

senkt und die Sozialbeiträge an die Versicherten zurückgegeben werden, sofern es dafür Spielräume gibt. Deshalb war es richtig, im Zuge des Aufschwungs und der sinkenden Arbeitslosigkeit den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung so weit als möglich zu senken.

Leistungsgerechtigkeit muss auch bei den Steuern gelten: Wenn 78 % der Bevölkerung laut einer *Allensbach*-Unfrage meinen, dass es hier nicht gerecht zugeht, dann stimmt etwas nicht. Gerade die mittleren Einkommen müssen stärker von Steuern entlastet werden. Aber Steuersenkungen »auf Pump« wären falsch. Noch zahlen wir zuviel aus den Steuereinnahmen für die Zinsen und die Tilgung von Schulden. Die öffentlichen Haushalte müssen also erst einmal konsolidiert werden.

Wer die Soziale Marktwirtschaft stärken will, muss alle Kräfte für mehr Innovation mobilisieren

Deutschlands große Stärke war und ist die »industrielle Maßschneiderei«. Der Erfolg dieser »Maßschneiderei« lässt sich an der Vielzahl unserer mittelständischen »heimlichen Weltmarktführer« ablesen. Trotz geschwächter Banken, trotz steigender Rohstoffpreise und trotz Dollarschwäche bleiben sie auf Wachstumskurs. Es ist noch gar nicht lange her, da glaubten nicht wenige, die Zukunft Deutschlands läge allein in der Dienstleistungsgesellschaft. Heute ist dagegen wieder von der »Reindustrialisierung Deutschlands« die Rede (FAS v. 20.4.2008). Im Zeitalter der Wissensgesellschaft kann sie nur in der engsten Verbindung von industrieller Produktion und innovativen Dienstleistungen funktionieren. Hier liegen unsere Stärken. Hier müssen wir innovativ sein. Das muss die Politik unterstützen.

Der große Erfolg der Soziale Marktwirtschaft ist, dass ihr ökonomischer Erfolg nicht mit zu hohen sozialen Kosten erkauft wird. Nur sie garantiert die Verbin-

derung von wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit. Nur sie sorgt für den Kitt, ohne den eine moderne demokratische Gesellschaft nicht auskommt. Nur ein Gesellschaftsmodell, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, kann auf Dauer die Basis für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und gesellschaftliche Stabilität bieten. Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg haben das eindringlich demonstriert. Vielfältige Kompromisse zwischen Markt und sozialen Reformen waren es, die in der westlichen Welt starkes Wachstum und sozialen Frieden sicherten (Jeffrey Frieden).

Heute müssen wir für die Werte und die Spielregeln der Sozialen Marktwirtschaft kämpfen. Wir müssen begreifen, dass im Zeitalter globaler Märkte Wirtschaftspolitik Sozialpolitik ist – und umgekehrt. Das ist der wirtschaftlichen und politischen Elite der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht ausreichend bewusst. Sie hat Schutzmechanismen gegen den Turbokapitalismus bisher weitgehend abgelehnt. Es geht nicht um Protektionismus. Es geht darum, dass wir den Kampf um die Soziale Marktwirtschaft aufnehmen. Daran wird sich beweisen, ob die Verantwortungsträger des Landes ihrer Aufgabe gerecht werden.

Karl Lauterbach

Wie die Privilegierten das Land ruinieren

Der Befund ist eigentlich seit langem klar: Das Bildungs-, Gesundheits- und Pflegesystem in Deutschland ist ineffizient, fast nirgends sonst in Europa ist die Arbeitslosigkeit bei Geringqualifizierten so hoch, was langfristig auch das Fundament der Demokratie gefährdet. Doch bisher hat sich nichts an dieser neuen Klassenspaltung geändert. Was wir jetzt brauchen, ist eine Kampfansage.

Karl Lauterbach

(* 1963) MdB, ist Direktor des Instituts für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie der Universität zu Köln und Mitglied im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages. 2007 erschien bei Rowohlt Berlin: *Der Zweiklassenstaat*.

karl.lauterbach@bundestag.de



Für den Einzelnen bedeutet unser Sozialstaat immer häufiger ein unerfülltes Leben. Chancenlos in die falsche Familie geboren, nach schlechter Bildung arbeitslos und auf Hilfe des Staates angewiesen, bald schon unnötig erkrankt, dann arm und früh gestorben – das klingt wie ein schlechtes Drehbuch. Es ist aber zunehmend die Wirklichkeit für all jene Menschen, die ohne jedes Privileg in Deutschland geboren werden. Der Staat schafft hier eine Klasse sys-

tematischer Verlierer. Er muss sie nicht nur für den größten Teil ihres Lebens subventionieren, sie sind auch politischer Sprengstoff. Sie gefährden den sozialen Frieden, und sie werden nicht dauerhaft bereit sein, sich in einem Staat moralisch zu verhalten, den sie selbst als unmoralisch erleben.

Noch gleicht der Exportweltmeister äußerlich einem Muskelprotz. Doch der Krebs im Inneren wächst. Er verursacht uns bislang nur keine Schmerzen, weil die besonders gut ausgebildeten Babyboomer noch den Arbeitsmarkt beherrschen. Sie sind heute auf dem Höhepunkt ihrer persönlichen Produktivität, ihrer Gesundheit und ihres Einkommens und tragen wie keine andere Generation zum derzeitigen Erfolg der deutschen Wirtschaft bei.

Bald aber werden die Babyboomer-Jahrgänge die größte Rentner- und Kran-